

SPD ALS NOTNAGEL

FÜR FRAU MERKELS POLITISCHES ÜBERLEBEN

Aus meiner Sicht als altes SPD-Mitglied sprechen gewichtige Gründe gegen den Eintritt in eine große Koalition.

Da ist zunächst der Wählerwille. Die Wählerinnen und Wähler haben die große Koalition abgewählt. Von daher war es nur konsequent und richtig, in der Opposition neue Kräfte zu schöpfen, um sich zu erneuern. Auch das Argument, der AfD nicht die Oppositionsführung im Bundestag zu überlassen, ist demokratietheoretisch nicht unerheblich und für unser Land wichtig.

Das Argument des Bundespräsidenten - Erst das Land, dann die Partei - ist eher kurzfristig. Wie sieht eine Bundesrepublik Deutschland aus, wenn die SPD weiter in der Wählergunst verliert und nach der nächsten Wahl endgültig ihren Status als Volkspartei verliert und irgendwo im 10-Prozentbereich landet. Um unserem Land einen Dienst zu erweisen, indem man eine starke, selbstbewusste SPD anstrebt, muss jetzt die Devise lauten, erst die Partei, dann das Land. Das Land wird auch keinen Schaden nehmen, wenn es einige Jahre von einer Minderheitsregierung geleitet wird. Dabei kann sich die SPD insoweit staatstragend verhalten, indem sie der CDU einen Tolerierungsvertrag anbietet. Ein solcher Vertrag könnte differenzieren zwischen einem allgemeinen und einem besonderen Teil mit einem Stabilitätspakt. Dieser deckt Themen ab, die die internationale Reputation und Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik betreffen, wie etwa die Europapolitik.

Zwischen einem Koalitionsvertrag und einem Tolerierungsvertrag besteht rechtlich kein Unterschied. Beide Vertragstypen sind keine einklagbaren Rechtsverträge, sondern lediglich "nur" politische Verträge. Der Tolerierungsvertrag hat vielleicht noch insofern eine besondere Qualität, weil die daraus entstehenden Konsequenzen im Gesetzgebungsprozess besser begründet sein müssen.

Für das Parlament selbst wäre eine Minderheitsregierung ein Glücksfall. Es würde in seiner Funktion aus demokratietheoretischer Sicht gestärkt und aufgewertet. (Die Abgeordneten) "sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen" (Art. 38 GG, Abs.1). Bei einer Minderheitsregierung, die das Grundgesetz ausdrücklich zulässt - wenn auch mit hohen Hürden versehen - könnte der Fraktionszwang seine bisherige vom Demokratieverständnis fragwürdige Bedeutung verlieren. Nach dem Grundgesetz ist eine Minderheitsregierung voll geschäftsfähig und in ihrer Handlungsfähigkeit kaum eingeschränkt. Selbst im kritischsten Fall einer fehlenden Zustimmung zum Haushalt hat das Grundgesetz vorgesorgt, indem in jedem Fall die notwendigen Ausgaben getätigt werden können.

Richtig ist, dass bei der Einbringung von Gesetzen die Regierung sich von Fall zu Fall neue Mehrheiten suchen muss. Von daher wird das Regieren schwieriger. Es wird nicht mehr möglich sein, dass ausgekungelte Kompromisse zwischen den Koalitionären im Parlament nur noch abgenickt werden.

Die Gestaltungsmehrheit für politische Entscheidungen muss sich die Regierung mit dem Parlament teilen. Der große demokratische Zugewinn bei einer Minderheitsregierung wäre die Stärkung der Verantwortung des einzelnen Abgeordneten gegenüber seinen Wählerinnen und Wählern im Wahlkreis. Es gäbe kein Verstecken mehr hinter dem Fraktionszwang. Machtfragen würden zugunsten von Sachfragen zurücktreten. Der diskursive Prozess im Ringen um die beste Lösung würde die politische Debattenkultur im Parlament erheblich aufwerten.

Versetzt man sich in die Denkweise von Frau Merkel, so ist leicht zu verstehen, warum sie mit der CDU eine Minderheitsregierung ablehnt.

Mit dem Eintritt der SPD in eine große Koalition sichert diese das politische Überleben von Frau Merkel. Nicht das Land steht an erster Stelle, sondern Frau Merkel und die CDU als Partei.

Die SPD wäre also der Notnagel für dieses politische Überleben. Die CDU hat im Moment keine Alternative zu Frau Merkel, ohne innerlich zerrissen zu werden.

In einer großen Koalition hat die CDU vier Jahre Zeit, eine Alternative zu Frau Merkel aufzubauen.

Zum Beispiel könnte die CDU während der Legislaturperiode eine Alternative zu Frau Merkel präsentieren und die Kanzlerin austauschen. Die CDU wäre dann in einer wesentlich stärkeren Position als sie es zur Zeit ist. Bei vorgezogenen Neuwahlen wäre sie im Vorteil. Und das Geschwätz - erst das Land, dann die Partei - würde sie herzlich wenig kümmern.

Warum sollte also die SPD sehenden Auges sich selbst schwächen, um der CDU aus ihrem Dilemma zu helfen, es sei denn, es geht um eine Teilhabe an der Macht, verbunden mit personellen Privilegien am Kabinetttisch.

PROF. DR. W. BÖTTCHER
AACHEN, 31.12.2017